

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

23.2.1877 (No. 46)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Februar.

№ 46.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat März werden bei der Expedition sowohl wie bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Groß-Kammerherrn und Ministerial-Sekretär Freiherrn Leopold von Stetten zu Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich-Ungarn verliehenen Kaiserlichen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Ingenieur Franz Keller-Kuzinger in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Sr. Majestät dem König von Bayern verliehenen königlichen Ludwigs-Medaille Abtheilung für Wissenschaft und Kunst zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 19. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Grundherrlich von Verlichingen'schen Waldhüter Lorenz Hepp in Neunstetten die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Thronrede

Sr. Majestät des Kaisers zur Eröffnung des deutschen Reichstags am 22. Februar.

(Spezialtelegramm der „Karlsruher Zeitung“)

Geachte Herren! Beim Beginn der dritten Legislaturperiode heiße Ich Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen. Die Zusammensetzung, in welcher der Reichstag aus den neuen Wahlen hervorgegangen ist, läßt Mich hoffen, daß es auch in dieser Periode, wie in den beiden vorhergegangenen, gelingen wird, die wichtigen Aufgaben, welche dem Reichstag gestellt sind, im Einverständnis zwischen den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung zum Wohl der Nation in Eile zu bringen. Vorzugsweise wird Ihre Thätigkeit durch die Beratung und Feststellung des Haushalts-Etats für das Jahr 1877/78 in Anspruch genommen werden. Bezüglich der Aufbringung der durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Bedürfnisse ist das Reich durch Artikel 70 der Verfassung zunächst auf Matrikularumlagen verwiesen. Ihre Aufgabe wird es sein, in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen zu erwägen, ob und welche Maßregeln zu nehmen sein werden, um den hochgesteigerten Betrag der Matrikularumlagen durch Eröffnung anderer Einnahmequellen für das Reich zu ermäßigen.

Die Vorarbeiten zu den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über Erneuerung des Handelsvertrags sind unter Mitwirkung der Regierungen von Preußen, Bayern und Sachsen so weit gefördert, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn binnen Kurzem werden beginnen können. Der Abschluß dieser Verhandlungen bildet eine Vorbedingung der Reformen unseres Zoll- und Steuersystems, über welche die verbündeten Regierungen demnächst in Beratung treten werden.

Die dem Reichstag bereits früher vorgelegten Gesetzentwürfe über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes und die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs werden Ihnen wieder zugehen. Der Wunsch, gesetzliche Grundlagen und selbstständige Einrichtungen für die Behandlung des Reichshaushalts-Etats, sowie für die Gestaltung und Kontrolle des Rechnungswesens geschaffen zu sehen, wird ohne Zweifel auch von Ihnen geteilt. Die Erwartung ist daher berechtigt, daß die Vereinbarung über die genannten Gesetzentwürfe diesmal zu Stande kommen werde.

Auch der in der vorigen Session nicht erledigte Gesetzentwurf betreffend die Unterdrückung der See-Unfälle wird Ihnen wiederum vorgelegt werden.

Die in der letzten Session vereinbarten Justizgesetze sollen nach den darin enthaltenen Bestimmungen spätestens am 1. Oktober 1879 in Kraft treten. Um diesen Termin einhalten zu können, ist es nöthig, daß baldigst über den Ort entschieden werde, an welchem das Reichsgericht seinen Sitz haben soll. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen vorgelegt werden.

In den Kreisen der vaterländischen Industrie sind Klagen über den Mangel einer gemeinsamen Gesetzgebung zum Schutz der gewerblichen Erfindungen laut geworden. Um diesem Mangel abzuhelfen, ist nach Vernehmung von Sachverständigen der Entwurf eines Patentgesetzes ausgearbeitet worden, welcher Ihnen zugehen und einen hauptsächlichlichen Gegenstand Ihrer Beratungen bilden wird.

Leider dauert die gedrückte Lage, in welcher Handel und Verkehr sich in den letzten beiden Jahren befunden haben, bei uns wie in anderen Ländern noch heute fort. Die unausgesetzten Erwägungen der verbündeten Regierungen über die Mittel, derselben abzuhelfen, haben Mir nicht die Ueberzeugung gegeben, daß die inneren Zustände des Deutschen Reichs einen wesentlichen Antheil an den Ursachen der Uebelstände haben, die in allen andern Ländern gleichmäßig gefühlt werden. Die Aufgabe, augenblicklichem und örtlichem Mangel an Beschäftigung arbeitsuchender Kräfte abzuhelfen, liegt den einzelnen Staaten näher als dem Reich. In soweit der Wiederbelebung des Verkehrs ein Mangel an Vertrauen auf die zukünftige Sicherheit der Rechtszustände innerhalb Deutschlands etwa im Wege steht, werden Sie mit Mir solche Besorgnisse für unbegründet halten. Die Organisation des Reichs und der gesunde Sinn des deutschen Volkes bilden eine starke Schutzwehr gegen die Gefahren, welche anarchische Bestrebungen der Sicherheit und der regelmäßigen Entwicklung unserer Rechtszustände bereiten könnten.

Von auswärtigen Gefahren aber, welche aus der noch ungelösten orientalischen Krisis hervorgehen könnten, ist Deutschland weniger bedroht als andere Länder. Meine Politik ist den Grundzügen, welche sie von Beginn der orientalischen Verwicklungen befolgt hat, ohne Schwanken treu geblieben. Die Konferenz in Konstantinopel hat leider nicht den Erfolg gehabt, die Pforte zur Gewährung der Zugeständnisse zu veranlassen, welche die europäischen Mächte im Interesse der Menschlichkeit und zur Sicherstellung des Friedens für die Zukunft glauben verlangen zu sollen. Die Konferenzverhandlungen haben aber das Ergebnis gehabt, daß die christlichen Mächte unter sich über das Maß der von der Pforte zu beanspruchenden Bürgschaften zu einer Uebereinstimmung gelangt sind, für welche vor der Konferenz wenigstens ein allseitig anerkannter Ausdruck noch nicht bestand. Es ist dadurch ein fester Grund zu dem Vertrauen gewonnen, daß der Frieden unter den Mächten auch dann gewahrt bleiben wird, wenn die Hoffnung sich nicht verwirklichen sollte, daß die Pforte aus eigener Entschliebung die Reformen bezüglich ihrer christlichen Unterthanen zur Ausführung bringen werde, welche von der Konferenz als europäisches Bedürfnis anerkannt worden sind. Wenn die Erwartungen unerfüllt bleiben sollten, welche sich in dieser Beziehung an Verheißungen der Pforte und an die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Serbien und Montenegro knüpfen, so wird Meine Regierung wie bisher so auch ferner bemüht sein, in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen ihr eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden. Zu diesem friedlichen Werke rechne ich vertrauensvoll auf Gottes Segen.

Telegramme.

† Berlin, 21. Febr. Das Herrenhaus erledigte in seiner heutigen Sitzung die Generaldiskussion des Gesetzentwurfs betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder in Besserungsanstalten und weiterhin eine größere Anzahl von Petitionen. Fortsetzung der Beratung morgen.

† Berlin, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde ohne Debatte in zweiter Lesung der Nachtragetat pro 1877/78 und in dritter Lesung der Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen über die Unterhaltung der Schiffsfahrts-Beizen auf der unteren Weser genehmigt. Hierauf wurde bei Fortsetzung der zweiten Beratung des Budgetentwurfs der Etat des Kultusministeriums bis zu der Position „Provinzial-Schulkollegien“ unverändert angenommen. Bei dem Kapitel betreffend der katholischen Kirchen rechtfertigte gegenüber dem Abg. Dauzenberg, der in längerer Rede eine Reihe von Beschwerden über das Vorgehen gegen katholische Geistliche erhob, ein Regierungskommissär das Verfahren der Regierung. An der Debatte hierüber beteiligten sich noch Windthorst (Bielefeld), v. Schorlemer-Alst, Wehrenpennig und Graf Limburg-Styrum. Fortsetzung der Beratung morgen.

† Wien, 21. Febr. Die „Polit. Korresp.“ meldet: Heute Nachmittag 2 Uhr hat in den Büros des Ministers des Innern die angekündigte Konferenz der Mitglieder der Verfassungskommission stattgefunden, an welcher sich Mitglieder beider Häuser des Reichsrathes beteiligten. Nachdem Seitens des Ministerpräsidenten die Versammlung begrüßt worden war, gab der Minister des Innern eine pragmatische Darstellung des ganzen Ganges der Ausgleichsverhandlungen, worauf der Finanzminister den Stand der Bankfrage, insbesondere den Punkt der Zusammensetzung des Generalrathes betreffend, detaillirt vorführte. Schließlich formulirte der Minister die von der Regierung an die Partei zu stellende

Frage folgendermaßen: Der definitive Abschluß der Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen über die Bankfrage und damit über die gesammten Ausgleichsvorlagen hängt davon ab, ob die Partei ihre Zustimmung zu nachstehender Zusammensetzung des Generalrathes der Bank gibt (die bereits gemeldet ist): ein Gouverneur, zwei Vicegouverneure und zwölf Generalräthe; der Gouverneur wird auf den gemeinsamen Vorschlag beider Regierungen, die Vicegouverneure auf den bez. Vorschlag des Finanzministers jeder Reichshälfte vom Kaiser ernannt. Die Generalräthe werden von der Generalversammlung gewählt, und zwar acht nach freiem Ermessen der Versammlung, je zwei aus je drei von den Direktionen in Wien bezh. Vorsch. vorgeschlagenen Kandidaten für jede Stelle. Nachdem hierauf Seitens der Minister noch mehrere von den anwesenden Mitgliedern des Reichsrathes gestellte Anfragen beantwortet waren, schloß der Ministerpräsident die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes an die Versammlung.

† Wien, 21. Febr. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Cattaro von heute: Die montenegrinischen Senatoren Petrovich und Radovich haben sich heute auf dem Lloyd-Dampfer behufs Einleitung der Friedensverhandlungen nach Konstantinopel eingeschifft.

† London, 20. Febr. Oberhaus. Herzog v. Argyll fragt an, ob die Regierung Maßregeln zu ergreifen beabsichtige, um die Verwirklichung der zweiten Instruktion Salisbury's herbeizuführen? Argyll greift die furchtame und schwankende Politik der Regierung an und verlangt besonders Auskunft, wofür der Großvezir Lord Derby in der Debatte vom 24. Dezbr. dankt. Derby erwidert, die Politik Englands und der Wunsch, den drohenden Krieg abzuwenden, bestimmen die Regierung, eine Modifikation ihrer ursprünglichen Forderungen zuzugestehen. Betreffs der geheimnißvollen Mittheilung des Großvezirs an ihn, erklärte Lord Derby, er sorgte dafür, daß die Politik Englands von der Pforte nicht mißverstanden würde und zeigte deshalb privatim dem Großvezir an, obgleich England keine Zwangsmaßregeln anzuwenden drohe, könne die Türkei doch auch auf Englands Schutz nicht rechnen. Wenn die Pforte die Vorschläge der Konferenz abschläge, würde England die Pforte nicht zwingen, sie jedoch auch nicht vor dem Zwange Anderer schützen. Hinsichtlich der Zukunft sei die Regierung nicht unthätig, dränge vielmehr die Pforte sowie Serbien und Montenegro zu einer schnellen Friedensschließung. Betreffs der Reformen erinnert Derby an die Erklärung der Pforte, daß die Mächte berechtigt seien, Garantien zu verlangen, wenn binnen gewisser Zeit keine Reformen eingeführt würden. Marquis Salisbury spricht Bedauern über die Aufgabe der traditionellen Allianz zwischen der Pforte und England aus und die Hoffnung, die Sachlage werde sich derartig gestalten, daß die Wiederaufnahme dieses Verhältnisses möglich sei. England sei der Konferenz beigetreten, um auf die Pforte durch Ueberredung zu wirken, nicht durch Zwang. Die Thorheit der Pforte sei ihm unerklärlich. Lord Granville äußert, die Pforte würde die Vorschläge nicht verworfen haben, wenn dieselben mit der Bedingung eventueller zwangsweiser Durchführung gestellt worden wären. Lord Beaconsfield tritt einer solchen Politik entgegen, indem er die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei betont, und erneuert die Versicherung von dem vollen inneren Einvernehmen des Kabinetes.

† Belgrad, 21. Febr. Aus den allgemeinen Wahlen zur Slupschina sind meistens friedlich gesinnte Abgeordnete hervorgegangen. In Belgrad wurde zum ersten Male ein Jude gewählt.

† Konstantinopel, 21. Febr. Die Pforte hat ihre diplomatischen Vertreter im Auslande davon in Kenntniß gesetzt, daß die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Sultans, welche in der europäischen Presse zirkuliren, jeder Begründung entbehren. Der Sultan sei vor einiger Zeit von einem Zahnleiden heimgesucht worden, welches aber gegenwärtig gehoben sei. Seine Gesundheit wäre in jeder Beziehung zufriedenstellend. In einer weiteren Depesche der Pforte an ihre Vertreter werden alle Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel im Großvezirat offiziell als falsch und unbegründet bezeichnet.

† Washington, 21. Febr. Der Senat hat die gegen die Wahlstimmen des Staats Nevada erhobenen Einwendungen zurückgewiesen. Seitens der Finanzkommission des Senats wird die Emission von neuen vierprozentigen Obligationen beantragt; dieser Antrag stimmt zum Theil überein mit den Vorschlägen, die Präsident Grant in seiner Botschaft vom 3. Februar an den Kongreß gerichtet hat.

Deutschland.

† Berlin, 20. Febr. Von den vereinigten Bundesrath-Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen, sowie von dem Ausschuss für Rechnungswesen wurden heute Sitzungen gehalten. Wie verlautet, sind die Budgetentwürfe mit Ausnahme einzelner Theile des Militär-etats vom Bundesrath bereits zur Einbringung beim Reichs-

tage festgestellt. Diese Vorlagen befinden sich jetzt im Druck und sollen dem Reichstage gleich nach seiner Konstituierung zugehen. Am Sonntag haben die vereinigten Bundesraths-Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen den Entwurf eines Reichs-Patentgesetzes durchberathen. Auch diese Vorlage soll beim Reichstage gleich im Anfang der Session eingebracht werden. Das unlängst von einigen Blättern verbreitete Gerücht: zur Deckung des Defizits, welches sich in dem Reichshaushalts-Etat für 1877/78 ergibt, sei für die bevorstehende Session des Reichstags die Einführung neuer Reichssteuern in Aussicht genommen, findet bis jetzt keinerlei tatsächliche Bestätigung. Mit großer Bestimmtheit wird hier versichert, daß in den maßgebenden Kreisen das Vorgehen mit Gesetzentwürfen zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches auf dem Wege der Besteuerung in neuerer Zeit gar nicht angeregt worden sei. Auch ist das Reichskanzler-Amt nicht mit der Ausarbeitung solcher Entwürfe beschäftigt. Allen Anzeichen nach soll zur Deckung des diesmaligen Defizits eine Erhöhung der Matritularbeiträge eintreten. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß in der nächstfolgenden Session dem Reichstage Vorlagen zugehen werden, die auf dem Gebiete der Steuer eine Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches und zugleich die möglichste Verminderung der ihrer Natur nach sehr beschwerlichen Matritularbeiträge bezwecken. — Von den nicht zur systematischen Opposition gehörigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses wird angelegentlich darauf hingearbeitet, das in Aussicht stehende Nebeneinandertragen des Landtages und des Reichstages thunlichst abzukürzen. Man erstrebt in diesen Kreisen den Landtags-Schluß bis spätestens den 3. März.

Berlin, 20. Febr. Neuerdings ist vielfach die Absicht des Auswärtigen Amtes ausgesprochen worden, in den transatlantischen Handelsplätzen anstatt der bisherigen kaufmännischen Konsuln im größeren Umfange Berufsconsuln zu ernennen. Man weist darauf hin, daß durch die Ernennung zweier dieser Consuln in den Handelsplätzen der Vereinigten Staaten der Anfang gemacht sei. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist diese Auffassung keineswegs vollständig richtig. Man macht sich im Auswärtigen Amte keine Täuschung darüber, daß unter Umständen kaufmännische Consuln, als Chefs großer deutscher Handelshäuser, unter Berücksichtigung der besonderen lokalen Verhältnisse in der Lage sind, die deutschen Interessen mit größerem Nachdruck und Erfolg zu vertreten als die bezahlten Berufsconsuln, welche jedenfalls genauerer Kenntniß lokaler Verhältnisse und Beziehungen entbehren. Man wird daher überall da, wo geeignete Chefs von Handlungshäusern vorhanden sind, welche sich persönlich zur Wahrnehmung der Geschäfte eignen und überdies einflußreiche lokale Beziehungen für sich schon haben, nach wie vor mit den Konsulargeschäften betrauen. Auf diese Weise werden namentlich auch nicht unerhebliche Kosten erspart werden, da die Konsulatsgebühren und Sporeten in Anbetracht der theureren Preise an den meisten Handelsplätzen auch nicht annähernd die Kosten decken, welche die Einsetzung eines Berufsconsuls erheischt. Deshalb wird man allerdings überall da, wo es sich nach Erwägung der besonderen Verhältnisse empfiehlt, Berufsconsuln ernennen, denkt aber keineswegs daran, das Institut der kaufmännischen Consuln auch nur allmählig beiseite zu lassen. Im Reichstage wird man zwar bei der Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes mit Entschiedenheit betonen, daß diese „Fickarbeit“ zu einer normalen Gestaltung des deutschen Konsulatswesens nicht führen könne und deshalb dabei festgehalten werden müsse, daß grundsätzlich überall Berufsconsulate eingeführt werden. Aber die Regierung wird erwidern, daß diese Maßregel Schwierigkeiten biete, welche es nötig machen, der Natur der Verhältnisse Rechnung zu tragen.

In zweiter Lesung wurde heute bei namentlicher Abstimmung der Gesetzentwurf die Theilung der Provinz Preußen betreffend mit einer Majorität von 43 Stimmen angenommen. Der Abg. Dr. Benda verteidigte die Abstimmungen und Beschlüsse des preussischen Provinzial-Landtages gegen die in erster Lesung von dem Abg. Wehr gegen dieselbe gerichteten Angriffe in längerer und gehaltvoller Rede. Gegen den Entwurf sprach ferner der Abg. Mahraun, welcher mit Zahlen nachwies, daß die aus der schwierigen Beaufsichtigung des Schulwesens entnommenen Gründe für die Theilung gegenüber den Verhältnissen in Schlesien nicht stichhaltig wären. Für die Theilung erklärten sich die Abgg. Graf Bethusy und Hirsch, ohne jedoch irgend etwas anzuführen, was nicht schon theils bei der Berathung der Provinzialordnung, -bei den Verhandlungen des preuss. Provinzial-Landtages resp. bei der ersten Lesung zur Sprache gekommen. Trotzdem erfolgte die Annahme. Die Dispreußen stimmten geschlossen dagegen, desgleichen fast die ganze Fortschrittspartei, das Centrum und die Polen. Zu § 4 des Gesetzentwurfs gelang es noch, ein Amendement des Abg. Seydel zur Annahme zu bringen, welches die Ansprüche der Dispreußen an Westpreußen in Bezug auf die Staatsverpflichtungen sicher stellte.

Schon treffen die Abgeordneten zum deutschen Parlament aus allen Gauen des Reichs hier ein. Sie erscheinen zum Meist in den geselligen Zusammenkunftsorten der Landtags-Abgeordneten, wo ein reger Uebenaustausch über die Fragen der äußern und innern Politik Gelegenheit zu eifrigen Diskussionen bietet. Die Eröffnung des Reichstags, der vermuthliche Inhalt der Thronrede, die Beziehungen der verschiedenen Parteien zum Reichskanzler, ihre Gruppierung im Parlamentssaal, die erwarteten finanziellen und wirtschaftlichen Vorlagen, die Deckung des 25-Millionen-Defizits, die projektirten Interpellationen über die Kriegs- und Friedensfrage, das Alles und mehr bildet den Konversationsstoff der Volksvertreter des Deutschen Reichs mit den Landtags-Abgeordneten und erweitert selbstverständlich den Gesichtskreis der bisherigen parlamentarischen Auseinandersetzungen. Der nächstliegende Gegenstand für die Reichsboten ist die Präsidentenwahl. Vorläufig geht das Bestreben der ver-

mutlichen Mehrheit dahin, ein angesehenes Mitglied der Freikonservativen zum zweiten Vizepräsidenten zu wählen. Ob das Streitobjekt zu einer engeren Wahl führen wird, wie man behauptet, läßt sich heute noch nicht ermesen. In den morgen stattfindenden Fraktionsversammlungen dürfte schon die Entscheidung vorbereitet werden.

Die kurze Session mit ihren Nacht-Sitzungen macht das Petitionsrecht beinahe illusorisch. Im Abgeordnetenhause wird schwerlich eine oder über die andere der wichtigen Petitionen, welche mit oder ohne schriftlichen Bericht dem Hause zur Kognition und Beschlußfassung überwiesen worden sind, zur Berathung gelangen. Dazu reicht die Zeit nicht aus, wenn schon in zwei Tagen die zweite Lesung des Etats beendet werden soll. Vorläufig hält man dies in Abgeordnetenkreisen noch für einen frommen Wunsch, weil der Kulturkampf allen Eindämmungen von liberaler Seite trotzt.

Die engere Wahl in Altona zwischen Professor Karsten und Schuhmacher Hartmann, welche am 1. März stattfinden wird, ruft die Chefs der beiden Parteien auf den Wahlplatz. Von hier begaben sich die Abgg. Duncker, Eugen Richter u. A. nach Altona, während die Socialdemokraten die Abgg. Hasenclever, Liebnecht u. A. ihrem Kandidaten zur Hilfe senden wollen. Man sieht hier dem Ausgang des Wahlkampfes mit Spannung entgegen. — Das Centrum stellte heute das Ansuchen an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, wegen des Leichenbegängnisses des Abg. v. Gerlach die Sitzung morgen Nachmittag um 3 Uhr zu schließen. Ohne Zweifel wird dem Antrage entsprochen, doch wegen des Zeitverlustes eine Abend-Sitzung anberaumt werden. Man erwartet, daß außer einem vielgenannten Hosprediger auch ein geistliches Centrumsmitglied des Abgeordnetenhauses am Grabe das Wort ergreifen wird.

Berlin, 20. Febr. Die Erwartung der Socialdemokraten, daß Einem aus ihrer Partei die Ehre zufallen werde, in dem morgen zu eröffnenden Reichstage als Alterspräsident, wenn auch nur für kurze Zeit, das Szepter zu führen, dürfte nicht in Erfüllung gehen, selbst nachdem der unbefristete Aelteste der Palamentarier, der im Jahr 1795 geborene Herr v. Gerlach, im letzten Augenblick durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist. Das Alterspräsidium gebührt nämlich dem Staatsminister a. D. v. Bonin, der am 23. November 1797 geboren ist und seine achtzig Jahre mit großer Frische trägt. Der Postbaurath Demmler, für den die Socialdemokraten die gedachte Ehre in Anspruch nahmen, ist nach dem unter der Presse befindlichen Hirsch'schen Parlaments-Almanach für 1877 dagegen erst am 22. Dezember 1804 geboren, so daß schon der am 26. Oktober 1800 geborene Feldmarschall Graf Moltke seinem socialdemokratischen Landsmann um beinahe vier Jahre „über“ ist. Noch etwas älter wie der berühmte Strategie ist auch Fabrikant Dollfus aus Mühlhausen, geboren 26. September 1800. Auch Gutschloffer v. Bokum-Dollfus, geboren 19. Februar 1802, Eisenbahn-Direktor Hausmann, geboren 22. Dezember 1802, gehören zu den Veteranen des Hauses. Die Abgeordneten v. Unruh, Schulze-Delitzsch, Tschow rangiren nach den Jahren 1806, 1807, 1808, können also noch nicht in Konkurrenz für das Alterspräsidium treten.

Berlin, 21. Febr. Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz beehrte gestern Vormittag den Geh. Reg.-Rath und Professor Dr. Leopold v. Ranke zu dessen 60jährigem Doktorjubiläum mit einem Gratulationsbesuche und verweilte etwa eine Stunde bei demselben. Von Sr. Majestät dem Kaiser ist dem Jubilar als Zeichen besonderer Anerkennung der Kronen-Orden erster Klasse verliehen worden. Die Ordensinsignien nebst der Verleihungsurkunde überbrachte demselben gestern Vormittag der Kultusminister Dr. Falk, welchem alsbald Deputationen der Akademie der Wissenschaften, der Universitätslehrerschaft und der Studirenden folgten. Bei dem zur Feier des Jubiläums veranstalteten Festmahle vereinigten sich um den Jubilar zahlreiche hiesige und auswärtige Vertreter der Wissenschaft, sowie Notabilitäten der Militär- und Beamtenkreise, unter ihnen der Feldmarschall Frhr. v. Manthey, der Generalleutnant v. Witzleben, der Kultusminister Dr. Falk, der Staatsminister Dr. Delbrück und der General-Postmeister Dr. Stephan.

Heute Mittag hielt der Bundesrath wieder eine Plenar-sitzung. Auch von den vereinigten Bundesraths-Ausschüssen für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Justizwesen, von den vereinigten Ausschüssen für Rechnungswesen und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, sowie von dem Ausschusse für Rechnungswesen werden heute Sitzungen gehalten. In der Plenarsitzung des Bundesraths, welche am 19. d. M. stattfand, erfolgte nach der Ueberweisung eines Bremsischen Antrags in Betreff der Meldepflicht der Führer deutscher Kauffahrtschiffe an den bez. Ausschuss, sowie nach der Genehmigung von Anträgen in Bezug auf die steueramtliche Behandlung von Zucker die Erstattung eines Ausschussberichts über die weitere Durchführung des Münzgesetzes. Den in Uebereinstimmung mit den Ausschussanträgen vom Bundesrath gefaßten Beschlüsse gemäß sollen noch 40,000 Pfund Gold in Kronen und halben Kronen, sowie an Silbermünzen noch 19 Millionen Mark in Zwei-Markstücken und 25 Millionen Mark in 50-Pfennigstücken ausgeprägt werden. Mit dieser Ausprägung erreicht diejenige von Silbermünzen einstweilen ihr Ende, weil die anderen Münzsorten hinreichend vorhanden sind. Bei der nun folgenden Verhandlung des Bundesraths über den vom Justizauschuss gestellten Antrag auf Annahme des Gesetzentwurfs, welcher Berlin zum Sitz des Reichsgerichtes bestimmt, wurde die Beschlußfassung wegen des Hervortretens mehrfacher Meinungsverschiedenheiten ausgesetzt. Einige Bevollmächtigte wünschten noch erst mit ihren Regierungen darüber in Korrespondenz zu treten. Der Etat der Marineverwaltung und einige andere zur Berathung gestellte Etatsentwürfe erhielten die Genehmigung des Plenums.

Berlin, 21. Febr. Bei dem Festessen zum sechzigjährigen Doktorjubiläum Leopold v. Ranke's wurde ein Brief des Kaisers ver-

lesen, den Se. Majestät unter dem 6. Januar an Ranke zum Dank für die Uebersendung der Denkwürdigkeiten Hardenberg's gerichtet hat, und den wir seinem Wortlaut nach hier wiedergeben:

Berlin, 6. Jan. 1877.

Benngleich ich Ihnen gestern schon mündlich meinen gefühltesten Dank für Ihr Anschreiben bei der Uebersendung der Hardenberg-Memoiren aussprach, so muß ich doch dies hiermit nochmals thun, da Ihr Schreiben so vollkommen das ausdrückt, was ich am 1. Januar so tief fühlte, und dem ich auch bei der Ansprache an die Generale an dem Tage Worte gab. Denn gewiß wenig Menschen haben die Beschwerden des Geschicks in bestimmten Momenten des Lebens so verstanden gelernt, wie ich. Am 1. Jan. 1807 mein Eintritt in die Armee in Königsberg, nach dem tiefsten Fall derselben und des Staates, und 1861 in Königsberg meine Krönung, als Höhepunkt irdischer Macht! Am 10. März 1810 die letzte Geburtstagsfeier meiner Mutter, so kurz nach der endlichen Rückkehr in die Heimath, und den 10. März 1814 das Eiserne Kreuz in Chaumont erhalten. Am 22. März 1814 der Wendepunkt, nach schwankendem Kriegesglück, zum Sieg und Frieden. Mit dem Tode des vielgeprüften Königs-Bruders sein Nachfolger: damit eine Aera betreten, die die Wege der Vorsehung sichtlich zeigte, wie je bei einem Menschen! Aber auch welche innere Kämpfe zu so großen Entschlüssen! Sie sehen, daß wir uns in unseren Anschauungen völlig begegnen, denen ich hier nur einige hell leuchtende Punkte hin-zufüge! Also nochmals Dank von Ihrem ergebenen

König Wilhelm.

Die Kaiserin hat an den Jubilar ein Handschreiben mit dem Bilde des Kaisers erlassen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Febr. Dem „Schwäb. Merkur“ wird von hier geschrieben: Der bekannte modus vivendi zwischen Staat und Kirche in Oesterreich treibt neuerdings recht seltsame Blüthen. Es hat sich herausgestellt, daß die katholischen Geistlichen bei ihrer Installation den Gemeindevertretungen in der Kirche den Eid der Treue und des Gehorsams gegen den Priester (!) abnehmen. In vielen Fällen wurde der Eid von den unwissenden bäuerlichen Gemeindevertretungen wirklich geleistet, und nun hat die Statthalterei in die Bezirksvorsteher einen Erlaß gerichtet, nach welchem dieselben die Leute belehren sollen, daß ein solches Gelöbniß überhaupt nicht erzwungen werden kann und nur dann zulässig erscheint, wenn es sich auf die Unterstützung in kirchlichen Angelegenheiten beschränkt und die staatlichen Gesetze ausdrücklich ausschließt. Das scheint kein hinreichender Schutz gegen die priesterliche Anmaßung zu sein, zumal die ländliche Bevölkerung in der beregten Richtung die Grenzen kaum genau zu ziehen weiß.

Wien, 21. Febr. Mit großer Sicherheit tritt die Meldung auf, daß die Eröffnung der russischen Feindseligkeiten gegen die Türkei unmittelbar bevorstehe und daß in kürzester Frist eine Rundgebung zu erwarten stehe — vielleicht schon unterwegs sei — in welcher Rußland die Mächte verständigt, daß und warum es sich genöthigt sehe, seinen Forderungen, die auch die Forderungen Europa's seien, nunmehr bewaffneten Nachdruck zu geben. Ob der Kriegserklärung noch ein Ultimatum vorangehen werde, darüber laufen die Nachrichten auseinander.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Ein Pariser Handelsblatt, der „Moniteur des Sociétés industrielles“, veröffentlicht folgenden ungläubigen Artikel:

Diese wackeren Deutschen!

Die barbarischen Instinkte der Deutschen sind für Niemand ein Geheimniß. Bis zur Stunde hatte man ihnen aber sonst nichts vorzuwerfen, als eine unmäßige Lieb zu Penälen, die Nothdürftigkeit unserer Frauen und Töchter, die Ermordung der Weisen und Kinder. Jetzt hat sich das Arsenal ihrer schmachwürdigen Handlungen um eine Klasse vermehrt. Unsere Leser kennen die unsichere Lage der „Nord-Amerikaner-Gesellschaft“ (Kohlenwerke des Nordens); sie wissen, daß sich Rue d'Antoineville Nr. 12, unter dem Vorhitz des Obersten Pouillet ein Comité zur Wahrung der schwer bedrohten Interessen der Obligationsinhaber gebildet hat. Der Delegirte des Comité's, Hr. Gamburg, begab sich am 4. d. M. nach Westphalen, um an Ort und Stelle selbst die Auszahlung der Arbeitssöhne zu kontrolliren. Hinter der man — und mit Recht — Unredlichkeit und erhebliche Unterschlagungen zum Nachtheil der Gesellschaft vermutete. Nachdem Hr. Gamburg seine Sendung erfüllt hatte, wurde er zum Essen eingeladen; den nächsten Tag kam er vergiftet nach Paris zurück. Diese wackeren Deutschen hatten versucht, sich durch Gift eines Gastes zu entledigen, der es wagte, in ihr Land zu kommen, um ihren betrügerischen Operationen ein Bein zu stellen. Wir bedauern Hr. Gamburg, wünschten aber, daß sein Fall den französischen Kapitalisten als Lehre diene, welche so oft ihr Geld für die Ausbeutung fremder Bergwerke hergeben, während es ihnen nicht an Gelegenheit fehlt, es in vorzüglichen französischen Geschäften anzulegen. Das Befinden des Hrn. Gamburg ist heute ziemlich befriedigend.

Der „Siecle“, die „Presse“ und andere republikanische Blätter erheben sich mit Nachdruck gegen die bestimmt angekündigte Ernennung des Majors La-Tour-du-Pin, der sich bisher nur an der Seite des Grafen Mun als leidenschaftlicher Vorkämpfer des Ultramontanismus und als Wanderprediger der katholischen Gesellen-Vereine hervorgethan hat, zum Militärattaché bei der französischen Botschaft in Wien. Leben wir in einer Republik oder nicht? fragt die „Presse“.

Unter den Arbeitern in Marseille herrscht eine gewisse Aufregung über den Beschluß des dortigen Gemeinderaths, 10,000 Fr. für die Lyoner Seidenweber zu bestimmen, während die Noth in den arbeitenden Klassen von Marseille selbst groß genug sei. Ein Aufstand von 300 Hafenerarbeitern, der sich heute früh in der Cannebière, der Hauptstraße von Marseille, bildete, wurde von der Polizei zerstreut; man befürchtet für den Abend neue Unruhen.

CL. Paris, 21. Febr. (Börsennachricht.) Hausiers und Baiffiers fahren fort, sich gegenseitig zu beobachten. Beide Theile

